

Bildungspolitik, Bürokratieabbau, Verkehrsinfrastruktur



© Photographee.eu - Fotolia.com

In dieser Woche starten die Sondierungsgespräche der möglichen Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen in Berlin. Die Wirtschaft in der Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein fordert, vor allem in der Bildungspolitik Schwerpunkte zu setzen, um den Fachkräftebedarf in Deutschland zu sichern. „Auch die Themen Verkehrsinfrastruktur und Bürokratieabbau sollten die Parteien bei ihren Sondierungs- und Koalitionsgesprächen thematisieren – in diesen Bereichen herrscht aus Sicht der Unternehmen dringender Handlungsbedarf“, erklärt Elmar te Neues, Präsident der IHK Mittlerer Niederrhein. Die Forderungen der Industrie- und Handelskammer basieren auf einer Umfrage bei 700 Unternehmen aus der Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein. Die Geschäftsführer der Betriebe wurden gebeten, bei einer Auswahl von elf wirtschaftsnahen Politikbereichen die drei wichtigsten zu benennen.

57 Prozent aller Betriebe der Region sehen im Hinblick auf die Bildungspolitik beziehungsweise der Fachkräftesicherung großen Handlungsbedarf der neuen Bundesregierung. Für nahezu alle Branchen ist dies das wichtigste Handlungsfeld. Im Baugewerbe liegt der Anteil sogar bei zwei Dritteln aller Betriebe. „Die Bauwirtschaft hat zurzeit eine gute Auftragslage, die Unternehmen finden aber keine Fachkräfte mehr“, erläutert Jürgen Steinmetz, Hauptgeschäftsführer der IHK Mittlerer Niederrhein.

Zudem erwarten die Unternehmen von der künftigen Bundesregierung einen Abbau der Bürokratie. Gut jede zweite Firma nennt den Bürokratieabbau als wichtige Aufgabe. Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen beklagen die bürokratischen Hürden. „In kleineren Unternehmen sind die personellen Kapazitäten zumeist enorm ausgelastet, sodass Mehrarbeit aufgrund der behördlichen Regelungsdichte nur schwer aufgefangen werden kann“, argumentiert der IHK-Hauptgeschäftsführer. Bei den Großunternehmen (ab 500 Mitarbeitern) sehen demnach lediglich 29 Prozent der Betriebe Handlungsdruck in diesem Politikfeld.

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet aus der Sicht der Unternehmen sind Ausbau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur. Für 40 Prozent der Betriebe sollte die neue Bundesregierung in diesem Bereich Akzente setzen. „Die maroden Rheinbrücken – insbesondere in Köln und in Duisburg – wirken sich negativ auf die Geschäftstätigkeit unserer IHK-Mitgliedsbetriebe aus“, erklärt te Neues. Insbesondere die Logistikwirtschaft sieht darin einen Handlungsschwerpunkt. Für 70 Prozent der Unternehmen aus dem Bereich „Lagerei und Verkehrsdienstleistungen“ ist die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ein Handlungsfeld der neuen Bundesregierung.

Für 18 Prozent der Betriebe in der Region Düsseldorf/Mittleren Niederrhein ist die Energiepolitik eines der wichtigsten Aufgabengebiete der künftigen Bundesregierung. Bei den Metallherzeugern und -bearbeitern allerdings, die alleine am Mittleren Niederrhein 10.000 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigen, liegt der Anteil an Betrieben, die in der Energiepolitik ein wichtiges Handlungsfeld sehen, bei 70 Prozent. Kein Themengebiet kommt auf einen höheren Wert. „Für diese energieintensive Branche, die für unsere Region sehr wichtig ist, ist eine verlässliche Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen daher von existenzieller Bedeutung“, betont Steinmetz.

Ansprechpartner

Lutz Mäurer

Telefon: +49 2151 635-358

Telefax: +49 2151 635-44358

E-Mail: maeurer@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Nordwall 39

47798 Krefeld

Gregor Werkle

Telefon: +49 2151 635-353

Telefax: +49 2151 635-44353

E-Mail: werkle@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Nordwall 39

47798 Krefeld

Dokument-Infos

Webcode: 17051

Ausdrucksdatum: 25.08.2019